

aus der Atomenergie um jeden Preis in die Wirklichkeit um[zusetzen“ (35).

Im ersten Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Erinnerungen: Die Tage am Abgrund“, dem Herzstück des Buches, schildert Kan minutiös seine Erinnerungen an die Abläufe und Ereignisse zwischen dem 11. und 19. März 2011. Durchsetzt mit Passagen, in denen Kan sich für viele seiner Entscheidungen rechtfertigt und auf spätere Vorwürfe rückwirkend Bezug nimmt, bietet dieses Kapitel jedoch einen tiefen Einblick sowohl in die rechtlichen, behördlichen und ablauftechnischen Hintergründe als in auch die menschlichen Dramen hinter den Kulissen im Verlauf der Katastrophe. Als LeserIn gewinnt man hier gleichsam den Eindruck, als folge man dem Premierminister von Ort zu Ort, von Gespräch zu Gespräch und von Entscheidung zu Entscheidung durch seine weitgehend schlaflosen Tage und Nächte unmittelbar nach der Katastrophe.

Im zweiten Kapitel stellt Kan dar, wie er sich nach der Stabilisierung der Lage am Werk einer Wende in der japanischen Energiepolitik hin zum Verzicht auf Atomkraft verschrieb und diese „einleitete“ (110). Mit seinen neuen Ideen zur Gestaltung der Energielandschaft stößt Kan jedoch auf starken Gegenwind seitens der Akteure des Atomdorfes (Industrie, Bürokratie, Politiker und Medien), und es gelang ihm nur durch die Avisierung seines Amtrücktritts, ein Sondergesetz über erneuerbare Energien zu verabschieden.

Im anschließenden Kapitel drei stellt der Autor den weiteren Kampf nach seinem Rücktritt für einen Atomausstieg im Zusammenspiel mit Bürgerbewegungen dar, denen er eine zentrale Rolle für die Zukunft Japans zugesteht.

Das Buch schließt mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe, in dem Kan die politischen Entwicklungen der vier Jahre seit dem Erscheinen der Originalausgabe im Hinblick auf die Energiepolitik darstellt: Seit dem Amtsantritt des LDP-Politikers Abe Shinzō 2012 als Premierminister stehe Atomkraft

wieder als Basisenergie im Weißpapier der japanischen Energiepolitik. Den Grund dafür sieht Kan im andauernden Einfluss des Atomdorfes und den geschickten politischen Manövern der LDP unter Abe.

Das Zeugnis, das Naoto Kan hier als „Premierminister während der Fukushima-Krise“ in der Übersetzung durch Frank Rövekamp (Professor der Japanologie an der Hochschule Ludwigshafen am Rhein) ablegt, ist trotz der häufigen Rechtfertigungen und einiger Redundanzen in der Argumentation ein äußerst lesenswertes Dokument. Es schildert eindrucksvoll das Versagen eines ganzen professionellen Verwaltungsapparates im Angesicht einer bis dato nicht vorstellbaren oder vielmehr nicht vorgestellten Katastrophe durch die Augen eines der im Krisenmanagement hauptverantwortlichen Akteure, der sich hier in vielen Punkten der Kritik an seiner Person stellt.

Anna Wiemann

Momoyo Hüstebeck: Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene

Wiesbaden: Springer, 2014. 227 S., 39,99 EUR

Dezentralisierung als Gegengewicht zum straff zentralisierten Einheitsstaat gewinnt in Japan zunehmende Aufmerksamkeit. Befürworter des Föderalismus sehen darin eine Möglichkeit, die mangelnde horizontale Gewaltenteilung durch die vertikale zu entschärfen. Im öffentlichen Diskurs in Japan wird die Dezentralisierung seit den 1990er Jahren als Allheilmittel angesehen, Staat und Gesellschaft grundlegend zu erneuern. Zentralistisch bedingte staatliche Steuerungsdefizite stießen auf zunehmende Unzufriedenheit. Die Idee, Macht und Machtmissbrauch des Zentralstaates durch stärkere Regionen in Schranken zu halten, den BürgerInnen auf unterschiedlichen geografischen Maßstabsebenen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben und damit zugleich den Staat zu entlasten,

mündete in eine Fülle von Gesetzen zur kommunal-regionalen Selbstverwaltung. Sie traten als „Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung“ (*chihō bunkun suishin ikkatsuhō*) seit 2000 in Kraft.

Die Wirkung dieses Gesetzespakets, der Hauptsäule der Strukturformen des japanischen Staatsgefüges, ist zentrales Thema der politikwissenschaftlichen Dissertation von Momoyo Hüstebeck. Ihre tiefgründige Studie über ein vermeintlich staubtrockenes Thema überzeugt durch demokratietheoretische Einbettung, empirische Sorgfalt und theoretische Rückkoppelung. Mit dem Konzept einer „politischen Dezentralisierung“ verknüpft die Autorin administrative und fiskalische Autonomie mit lokaler Partizipation. Die *top-down*-Perspektive der Gesetzgebung kontrastiert sie mit der Umsetzung der Dezentralisierung auf die lokale Ebene, um damit neue Perspektiven auf das Autonomiepotenzial und mögliche politische *bottom-up*-Prozesse aufzuzeigen. Durch die Verwendung vorwiegend japanischsprachiger Quellen verschafft sie den des Japanischen unkundigen LeserInnen einen vertieften Zugang zum japanischen Dezentralisierungsdiskurs.

Hüstebeck versteht das japanische Gesetzespaket als Devolution (die stärkste Stufe der Dezentralisierung in der Steigerung *deconcentration - delegation - devolution*); denn die nationale Regierung übertrug entscheidende Kompetenzen an die verfassungsrechtlich autonomen Gebietskörperschaften (Präfekturen und Gemeinden). Dabei stellt sich die Gretchenfrage nach der Erfüllung dieser für Japan revolutionär anmutenden Gesetzesvorgaben. DezentralisierungsbefürworterInnen verbinden damit große Erwartungen auch für die politische Kultur des Landes: mehr Transparenz, Effizienz und Demokratisierung durch Ausweitung lokaler Bürgermitbestimmung. Als Fallbeispiele dienten die Städte Mitaka und Fujimi, zwei Kommunen im Pendlerinzugsbereich Tōkyōs mit unterschiedlichen finanziellen und partizipativen Ressourcen. Am Beispiel

der Stadtplanung und Stadtgestaltung sowie der Sozial- und Pflegepolitik wurde untersucht, wie diese Städte vor dem Hintergrund der Devolution eigene Politiken entwickelten, woraus sich Rückschlüsse auf den politischen Autonomiegrad der jeweiligen Kommune und die Partizipationschancen ihrer BürgerInnen ergaben.

Nach einer theoretischen Einordnung pluralistischer Demokratiekonzepte und der Darstellung struktureller und historischer Dezentralisierungsbedingungen in Japan fokussiert die Autorin auf 1. die administrative und 2. die fiskalische Dezentralisierung als strukturelle Voraussetzungen für 3. politische Dezentralisierung. Zunächst wurde geprüft, inwiefern die Verwaltungsreform zur Effizienzsteigerung der gebietskörperschaftlichen Selbstverwaltungen beitrug, unter Einschluss der Probleme der 1999 bis 2006 durchgeführten Gemeinde-Großfusion (*Heisei daigappei*: Verringerung der Zahl der Gemeinden von 3.232 auf etwa die Hälfte; dadurch ergeben sich zwar Anreize für effizientere kommunale Selbstverwaltungen, aber auch Aufgabenzuwächse, die vor allem für ländliche Gemeinden mit geringen Eigeneinnahmen schwer zu stemmen sind). Vor diesem Hintergrund wurde die (entscheidende) fiskalische Dezentralisierung hinterfragt: Voraussetzung dafür, dass nur eine mit ausreichenden Eigenmitteln und Finanzkompetenzen ausgestattete selbstverwaltete Körperschaft über eine dezentrale Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit verfügt. Deshalb führte die nationale Regierung 2001–2006 ergänzend zum Gesetzespaket der Dezentralisierung die „Trinity-Reform“ ein: Kürzung zweckgebundener *top-down*-Zuweisungen der nationalen Regierung an die Gebietskörperschaften, dafür Umverteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Gebietskörperschaften, damit verbunden der Wandel von einem bisher vertikal zu einem horizontal organisierten Finanzausgleich. Schließlich setzt politische Mitbestimmung als Ziel einer politischen Dezentralisierung einen hohen Informations- und Partizipationsgrad zivil-

gesellschaftlicher Akteure voraus, den es zu bewerten gilt.

Wesentliche Ergebnisse dieser Studie: Japan kann sowohl als Modell einer Dezentralisierung dienen (normativ im Sinne des Gesetzespakets) als auch als Negativbeispiel vor zu hohen Erwartungen warnen (bezüglich der Gesetzesimplementierung). Kernproblem (so erscheint es dem Rezensenten) ist die Umsetzung einer Dezentralisierungspolitik, die zwar administrativ die Grundlagen für dezentrale kommunale Strukturen schafft und hohe Ansprüche stellt, fiskalisch aber langjährige Versprechen offen lässt. Zur Implementierung einer politischen Dezentralisierung trugen die Reformen nur mittelbar bei; denn nicht nur die *top-down*-Gesetzespakete der Nationalregierung, sondern auch lokale politische und gesellschaftliche Entwicklungen führten (schon in der Zeit zuvor) in Ansätzen zu einer politischen Dezentralisierung. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der japanischen Stadtplanung (*toshi keikaku*). Ihre traditionelle Steuerung von oben erfuhr im Zuge der Demokratisierung mit *machizukuri*, der Stadtgestaltung (präziser: Stadtquartiersgestaltung, W.F.) einen gegenläufigen *bottom-up*-Prozess. (Letzterer betrifft allerdings nicht die Gestaltung der Stadt als Gesamtheit, sondern konkret die Mikroebene der Nachbarschaft, dies in Ansätzen bereits seit den 1960er Jahren; dazu Silke Vogt: *Neue Wege der Stadtplanung in Japan. Partizipationsansätze auf der Mikroebene, dargestellt anhand ausgewählter machizukuri-Projekte in Tōkyō*, München 2001).

Die Fallbeispiele bestätigen, dass sich trotz der tiefgreifenden gesetzlichen Veränderungen die nationalen Dezentralisierungsreformen nur beschränkt auf die Gemeindeebene auswirkten. Die BefürworterInnen partizipativer Demokratietheorien überschätzen die politischen Kompetenzen und Ressourcen der BürgerInnen (hier: Tokio-Pendler mit knappen Zeitbudgets und geringer Wohnort-Identifikation). Dies gilt selbst für die Stadt Mitaka, die sich als Vorreiterin in der

Bürgerteilhabe sieht und über vergleichsweise gute Eigeneinnahmen verfügt. Konkret bleibt festzuhalten: 1. Die Gebietskörperschaften schöpfen den rechtlich dazugewonnenen Spielraum der Verwaltungsreform für eine eigenständige Aufgabenwahrnehmung nicht genügend aus. Sie zeigen nicht die nötige Willenskraft, Eigenverantwortung und Souveränität, die ihnen zustehenden Aufgaben autonom zu gestalten und die BürgerInnen an Entscheidungen zu beteiligen. Selbst administrative zentralstaatliche Empfehlungen unverbindlicher Art setzen sie um, um sich Transfermittel aus dem Staatshaushalt zu sichern – und stärken damit die traditionelle Politik des „Goldenen Zügels“. 2. Gleichwohl gibt es ein Mehr an Partizipationschancen. Trotz des unbedeutenden politischen Autonomiezuwachses lässt sich ein zunehmendes Selbstbewusstsein der BürgerInnen vor Ort feststellen. Politische Partizipation ist allerdings nicht in Jahren, sondern erst in Dekaden zu erwarten. 3. Eine der Verwaltungsreform entsprechende Finanzreform steht noch aus, rüttelt an der Macht der Ministerialbürokratie, die den Gebietskörperschaften die dazu nötigen Kompetenzen nicht zutraut bzw. schlicht verweigert. 4. Zur dezentralen Gestaltung der ihnen übertragenen (und damit zunehmenden!) Aufgaben verfügen die Gebietskörperschaften nicht über die nötigen Eigeneinnahmen, was sich im Ergebnis kontraproduktiv auf die Umsetzung der Devolution auswirkt. KritikerInnen sprechen von einer Verlagerung der Ausgaben von der nationalen auf die gebietskörperschaftliche Ebene.

Was bleibt als Fazit für das politische System Japan? fragt sich der Rezensent. Sicherlich bieten die Verwaltungsreformen seit 2000 ein beträchtliches Potenzial an Stärkung der lokalen Ebene. Sind damit die Grundlagen für einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu einer bürgernahen, eigenständigen Kommunalpolitik gelegt? (Dazu Gesine Foljanty-Jost: *Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie?*, in: Blechinger et al [Hg.]: Politik in

Japan, Frankfurt 2006, 63–81) Dafür spricht der Perspektivwandel im politischen Sprachgebrauch: Ablösung des traditionellen Begriffs *chihō bunken* („regionale Dezentralisierung“) zugunsten des neuen Schlagworts *chiiki shuken* („regionale Souveränität“). Gleichwohl, in der Japanforschung gehen die Auffassungen darüber weit auseinander. Misst man die gesetzlichen Reformvorgaben (insbesondere die fiskalische Dezentralisierung) am Grad ihres Gelingens für politische Autonomie und Partizipation, so lässt sich eine solch euphorisch anmutende Zuschreibung – und damit ein Paradigmenwechsel – aus Sicht des Rezensenten (vorerst) nicht bestätigen.

Winfried Flüchter

Liza Wing Man Kam: Reconfiguration of “the Stars and the Queen” — a Quest for the Interrelationship between Architecture and Civic Awareness in Post-colonial Hong Kong

Baden-Baden: Nomos, 2015. 190 S., 36,11 USD

This book represents a dissertation from the Bauhaus University Weimar. Unexpectedly, it has less to do with architectural theories or urban planning per se. It appears to be a roar of disappointment and hopelessness of Hong Kong after its handover to China in 1997. The sentimental criticism is quite clear in the conclusion: “[...] the process of demolishing the two piers based on lies, bureaucracy and excuses is a sole demonstration of a colonial attitude. This is NOT decolonization; this is neo-colonization (p. 186).” The author might have thought of the research questions in the course of a chain of social movements in Hong Kong since 2006 and her motivation has culminated during the Yellow Umbrella Movement (p. 7), when her emotional disgruntlement and academic curiosity had both propelled the search for answers. The narratives in the book can sometimes be emotional, passionate, and empathic, but the

author, as a native Hong Kong citizen, has tried her best to limit her personal emotions under an acceptable amount, as she put it, “the main objective [...] is more an internal calming down process (p. 22).

The research aims at connecting the grand theories on history education, spatial theory, civic awareness and public participation (p. 39) by testing their applicability in the case of demolition of the Stars and the Queen Piers in Hong Kong. Based on interviews, observations, documentaries and media coverages, the author tracks the changing attitudes and protesting behaviors of Hong Kong citizens against governments’ initiatives of removing colonial architectures. There are six questions guiding the study: (1) What are the narratives which were continually woven into the investigated colonial space and architecture? (2) What are the different forms of colonial legacy which have resulted in the transitions of the investigated colonial space and architecture? (3) Are these narratives, perceived by different members of society, consistent, or are they contradictory to the proclaimed representations of these investigated spaces? (4) How did the revelation of these consistent or contradictory narratives affect the public’s recognition of self as an individual and as part of a group in the post-colonial society? (5) How could the piers be interpreted with the newly endowed spatial codes during their demolition incident and how do these new spatial codes respond to or deviate from their originally appropriated spatial codes during the colonial era? (6) How did the Hong Kong public’s remorseful loss of the investigated piers shed light on the awakening from the aloofness they had become accustomed to from the colonial era? At the same time, how is this process of awakening being hindered by the inherent and perpetual colonial legacy (p. 34–35)?

The analysis relies on three conceptual pillars: *lieux de memoire*, public participation theories and the production of space. The *lieux de memoire*, considered as memo-